

60 Jahre Bundeswehr

Rede von Walter Kolbow anlässlich der Ausstellungseröffnung „Militär und Gesellschaft in Deutschland seit 1945“ am 16.10.2015 in Würzburg

Die Bundeswehr begeht im Jahr 2015 ihr 60jähriges Bestehen. Am 12. November 1955 überreichte Verteidigungsminister Theodor Blank den ersten 101 Freiwilligen ihre Ernennungsurkunden. Der Tag wurde mit Bedacht gewählt, handelte es sich doch um den 200. Geburtstag des preußischen Heeresreformers Gerhard von Scharnhorst. Dieser Tag gilt seitdem als Geburtsstunde der Bundeswehr. Seit dem 1. April 1956 heißen diese Streitkräfte „Bundeswehr“; drei Monate später wurde aus der Freiwilligen- eine Wehrpflichtarmee.

Seitdem haben Millionen Männer – und tausende Frauen – in der Bundeswehr ihren Beitrag zur Erhaltung des Friedens geleistet. Die Bundeswehr hat in dieser Zeit eine wechselvolle Geschichte erlebt – von den Streitkräften im Kalten Krieg über die Armee der Einheit nach der Wiedervereinigung hin zu einer Armee im Einsatz.

60 Jahre Bundeswehr repräsentieren sechs Jahrzehnte Geschichte, auf die die Bundeswehr stolz zurückblicken kann und für die auch die sozialdemokratischen Verteidigungsminister Helmut Schmidt, Georg Leber, Hans Apel, Rudolf Scharping und Peter Struck sowie die Wehrbeauftragten Karl Wilhelm Berkhan, Wilfried Penner, Reinhold Robbe und Hans-Peter Bartels standen und stehen.

Der Kalte Krieg war der Geburtshelfer für Bundeswehr und NVA. Die sich verschärfende Konfrontation des Westens mit der Sowjetunion ebnete den Weg für die deutsche Wiederbewaffnung. Die junge Republik stand vor einer Herkulesaufgabe.

Für die Bundeswehr hatten dann der Fall des Eisernen Vorhangs und die bald folgende deutsche Wiedervereinigung gravierende Auswirkungen. Als Verteidigungsarmee im Kalten Krieg gegründet, stellte sich die Frage nach ihrer zukünftigen Aufgabe. Zudem mussten Personal und Material der ehemals verfeindeten Nationalen Volksarmee eingegliedert werden.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation im Europa der bipolaren Welt wandelte sich die Bundeswehr von einer Abschreckungs- zu einer Einsatzarmee. In ihren Fokus rückten fortan Krisenbewältigung und Konfliktverhütung im Ausland.

Dazu gehören auch bewaffnete Missionen, über deren verfassungsrechtliche Legitimität auch mittels des Parlamentsvorbehalts seit 1994 Klarheit herrscht. Seitdem gilt das Parlamentsbeteiligungsgesetz für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Der Parlamentsvorbehalt wurde jüngst durch eine Kommission des Deutschen Bundestages überprüft, gesichert und auf Initiative der SPD gestärkt.

Wir haben erlebt, dass Geschichte Tradition bilden kann, wenn sie als Verpflichtung für Gegenwart und Zukunft begriffen wird. Dass sich die Bundeswehr in der Tradition des Widerstands vom 20. Juli 1944 gegen den Nationalsozialismus sieht und den demokratischen Grundsätzen der Inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform verpflichtet ist, zeigt der Traditionserlass von 1982, den Hans Apel als Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt im Frieden verantwortete. Seitdem gibt es eine enge Verbindung der Sozialdemokratie zur Bundeswehr auf der Basis der Grundsätze zur Inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform. Repräsentanten dafür waren in jüngerer Zeit die sozialdemokratischen Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Peter Struck.

So blicken wir mit der Bundeswehr als einer Armee in der parlamentarischen Demokratie gemeinsam in Deutschland auf die längste Phase von Frieden und außenpolitischer Stabilität in unserer Geschichte. Die Bundeswehr ist eine Armee, die sich für Frieden und Freiheit auf Basis des Völkerrechts einsetzt und inmitten unserer Gesellschaft steht. So dient sie seit inzwischen 60 Jahren dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und der NATO. Die Bundeswehr bewährt sich auf der Basis des Grundgesetzes weltweit in Auslandseinsätzen, indem sie mit Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Wahrung des Friedens in gegenseitige kollektive Sicherheitssysteme eingeordnet werden kann. Des Weiteren bewährt sich die Bundeswehr bei Hilfs- und Katastropheneinsätzen und hilft auch in der aktuellen Flüchtlingskrise.

Seit ihrem Bestehen steht die Bundeswehr an der Seite von Partnern und Verbündeten vor allem in der NATO und in der EU. Sie ist auch bereit, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu stützen. So wird unsere Bundeswehr von unseren Partnern und Verbündeten sowie in der Welt geschätzt und ist in Deutschland gerade als Freiwilligenarmee ein leistungsfähiger und attraktiver Arbeitgeber.

Nach der Wiedervereinigung wurde die Bundeswehr des vereinten Deutschlands verschiedenen Reformschritten ausgesetzt, die sich schließlich nach Aussetzung der Wehrpflicht als Freiwilligenarmee mit bis zu 185.000 Soldaten kleiner, straffer, schlagkräftiger sowie langfristig bezahlbar und auf sinkende Geburtenzahlen vorbereitet, zukunftsfähig machen soll.

Für die Sozialdemokratie gehört dazu die konkrete Utopie der europäischen Verteidigungsunion und der europäischen Armee. Mit dem Ziel, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik effektiver zu gestalten, müssen wir ab jetzt Initiativen einleiten, sodass sich bei geringer Mittelausstattung ein klarer Mehrwert für die beteiligten Staaten und die Europäische Union insgesamt ergibt. Die Chancen, die der Vertrag von Lissabon mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit bereits heute bietet, müssen wir zur Vertiefung der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in der EU nutzen. Der Dreiklang „Gemeinsam Ausbilden – Gemeinsam Üben – Gemeinsam Ausrüsten“ kann dabei für die weitere Wegstrecke ein guter Leitsatz sein, um mehr Europa in der Friedenspolitik zu erreichen. Dabei ist es unabdingbar, unsere Gesellschaft mitzunehmen.